

SGB III • Sozialgesetzbuch Arbeitsförderung

Kommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Dr. Jürgen Brand, Rechtsanwalt, Richter des Verfassungsgerichtshofs für das Land NRW (2006-2012), Präsident des Landessozialgerichts NRW a.D., Wolfgang Düe, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Rupert Hassel, Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg, Carsten Karmanski, Richter am Bundessozialgericht, und Dr. Martin Kühl, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht NRW

8. Auflage 2018. Buch. XXXIV, 1245 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 71887 8

Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Sozialrecht > SGB III – Arbeitsförderung](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Brand
Sozialgesetzbuch
Arbeitsförderung
– SGB III –



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Sozialgesetzbuch

Arbeitsförderung – SGB III –

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Jürgen Brand

Rechtsanwalt, Richter des Verfassungsgerichtshofs
für das Land NRW (2006–2012),
Präsident des LSG NRW a. D.

Bearbeitet von

Dr. Jürgen Brand

Rechtsanwalt, Richter
des Verfassungsgerichtshofs
für das Land NRW (2006–2012),
Präsident des LSG NRW a. D.

Wolfgang Düe

Vorsitzender Richter
am LSG Berlin-Brandenburg

Rupert Hassel

Richter am LSG Baden-Württemberg

Carsten Karmanski

Richter am BSG

Dr. Martin Kühl

Vorsitzender Richter am LSG NRW

8. Auflage 2018



C.H. BECK



www.beck.de

ISBN 978 3 406 71887-8

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

29 Monate und mehr als 20 gesetzliche Änderungen sind seit der letzten Auflage vergangen.

Die neue, nunmehr 8. Auflage, berücksichtigt den Gesetzes- und Rechtsprechungsstand vom 15. Februar 2018.

An Änderungsgesetzen sind vor allem das 2. PflegestärkungsG vom 21.12.2015, das Arbeitslosenversicherungsschutz- und WeiterbildungsstärkungsG vom 18.7.2016, das BundesteilhabeG vom 23.12.2016 und das Rentenüberleitungs-AbschlussG vom 17.7.2017 zu nennen.

Die Rechtsprechung aller Instanzen entwickelte das SGB III auch im Berichtszeitraum in nennenswertem Umfang weiter.

Hervorzuheben sind hier vor allem die beiden Entscheidungen des BSG vom 23.2.2017 (B 11 AL 3/16 R und 4/16 R), die sich mit der Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „unmittelbar“ in § 26 Abs. 2 befassen und eine erfreuliche Flexibilisierung dieses Begriffs im Interesse der Versicherten mit sich bringen.

Mit der Frage einer Sperrwirkung eines zweiten Insolvenzereignisses über das freigegebene Vermögen des Arbeitgebers befasste sich das Gericht am 9.6.2017 und stellte fest, dass die Freigabe des Vermögens aus einer selbstständigen Tätigkeit keinen Verzicht auf das Erfordernis der Wiederherstellung der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers nach einem ersten Insolvenzereignisse rechtfertigt. Ebenfalls mit der Gewährung von Insolvenzgeld, und zwar mit der Höhe der Leistung während der Altersteilzeit, beschäftigte sich das Gericht am 12.12.2017 (B 11 AL 28/16 R) und hat entschieden, dass die Höhe des Insolvenzgeldes sich grundsätzlich nach dem reduzierten Entgeltanspruch, den der Betroffene während der Arbeitsphase der Altersteilzeit zu beanspruchen hat, richtet.

Mit der Frage, ob eine Umwandlung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses in ein befristetes Arbeitsverhältnis im Rahmen einer Altersteilzeitvereinbarung einen wichtigen Grund nach § 159 darstellen könne, beschäftigt sich das BSG in seiner Entscheidung vom 12.10.2017 (B 11 AL 17/16 R).

Die Frage des Eintritts einer Sperrzeit bei fehlendem Nachweis von Eigenbemühungen standen in zwei Verfahren des BSG vom 4.4.2017 (B 11 AL 19/16 R und 5/16 R) zur Entscheidung. Das Gericht setzte sich mit der Rechtsnatur von Eingliederungsvereinbarungen auseinander und definierte die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit bzw. Unwirksamkeit bei unangemessenen Leistungsverpflichtungen gegenüber dem Arbeitsuchenden durch die Arbeitsverwaltung.

Die Rechtsfolge des Ruhens von Arbeitslosengeld gemäß § 158 bzw. § 143a aF bei Zahlung einer Abfindung/Entlassungsschädigung behandelte das Gericht in seiner Entscheidung vom 8.12.2016 (B 11 AL 5/15 R) und wies auf die Unterschiede einer Abfindung nach § 1a KSchG, die nicht zu einem Ruhen führt, gegenüber einer Abfindung/Entlassungsschädigung nach § 158 (§ 143a aF) hin. Weitreichende Bedeutung hat die Entscheidung des BSG vom 12.10.2016 (B 11 AL 6/15 R), in der es um die Rechtmäßigkeit einer Auflage zur gewerblichen Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis ging. Entscheidend war in diesem Fall, dass das Gericht die Klägerin als ein Mischunternehmen mit nicht überwiegender Arbeitnehmerüberlassung bezeichnete, das nicht von der im AÜG eröffneten Möglichkeit der Bezugnahme auf Tarifverträge ausgeschlossen war. Sinn und Zweck des AÜG, so das BSG, geböten nicht die Geltung des Überwiegensprinzips für nicht tarifgebundene Mischunternehmen.

Mit den nicht immer vorhergesehenen Folgen eines Lohnverzichts beschäftigte sich das BSG in seiner Entscheidung vom 24.8.2017 (B 11 AL 16/16 R) in dem ein Lohnverzicht zur Stabilisierung des Arbeitsverhältnisses geleistet, gleichzeitig aber

Vorwort

vereinbart wurde, dass die Entgeltansprüche nachzuzahlen seien, wenn der Zweck des Verzichts verfehlt werde. Das BSG setzt sich mit der Regelung des § 151 Abs. 2 Nr. 1 sowie der Entscheidung des Senats vom 11.6.2015 (B 11 AL 13/14 R) auseinander und begründet die Berücksichtigung des Nachzahlungsbetrages als Bemessungsentgelt.

Das Gericht hielt einen Anspruch eines Künstlers auf Aufnahme in die Schauspielerkartei der ZAV-Künstlervermittlung für gegeben, weil die Voraussetzungen einer Ermessensreduzierung auf Null vorlägen. Dies sei jedenfalls dann gegeben, wenn Arbeitgeber bei zu besetzenden offenen Stellen an Theatern sich fast ausschließlich dieser Kartei bedient und die Nichtaufnahme damit faktisch zur Nichtvermittlung des Arbeitssuchenden führe.

Mit der Rechtslage vor dem 1.8.2016, an dem gesetzlich geregelt wurde, dass das Versicherungsverhältnis von Gefangenen während arbeitsfreier Sonnabende, Sonntage und gesetzlicher Feiertage als fortbestehend gelte, wenn diese Tage innerhalb eines zusammenhängenden Arbeitsabschnitts liegen, beschäftigt sich das Gericht in seiner Entscheidung vom 12.9.2017 (B 11 AL 18/16 R).

Diese von den Autoren sicherlich in gewissem Maße subjektiv vorgenommene (in diesem Jahr auf die BSG Rechtsprechung beschränkte) Aufzählung von Leiturteilen könnte noch um Entscheidungen des BSG zum Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein, zur Förderung aus dem Vermittlungsbudget sowie den Leistungen für Grenzgänger nach der EG-VO 883/2004 und weiteren Entscheidungen der Instanzgerichte erweitert werden. Dies würde aber den Rahmen eines Vorwortes sprengen. Die Vielfalt der SGB III-Rechtsprechung findet der Leser/die Leserin in der nachfolgenden Kommentierung der Vorschriften.

Die Autoren wünschen den Leserinnen und Lesern die angemessene Lösung ihrer Probleme und Fälle durch die Handhabung des Kommentars und sich selbst Anregungen.

Kritik und Verbesserungsvorschläge (bitte unter dem Stichwort „Brand, SGB III“ direkt an den „Verlag C.H.Beck, Juristisches Lektorat, Wilhelmstraße 9, 80801 München“), um diesen Kommentar noch praxistauglicher zu machen als er vielleicht schon ist.

München, im März 2018

Die Autoren

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Im Einzelnen haben bearbeitet:	XIX
Zusätzlich zum SGB III abgedruckte Vorschriften	XXI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII

Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung –

Erstes Kapitel. Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt. Grundsätze

§ 1	Ziele der Arbeitsförderung	1
§ 2	Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit	5
§ 3	Leistungen der Arbeitsförderung	10
§ 4	Vorrang der Vermittlung	12
§ 5	Vorrang der aktiven Arbeitsförderung	14
§ 6	(aufgehoben)	14
§ 7	Auswahl von Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	14
§ 8	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	18
§§ 8a, 8b	(aufgehoben)	20
§ 9	Ortsnahe Leistungserbringung	20
§ 9a	Zusammenarbeit mit den für die Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen gemeinsamen Einrichtungen und zugelassenen kommunalen Trägern	23
§ 10	(aufgehoben)	24
§ 11	Eingliederungsbilanz	24

Zweiter Abschnitt. Berechtigte

§ 12	Geltung der Begriffsbestimmungen	28
§ 13	Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter	28
§ 14	Auszubildende	30
§ 15	Ausbildungs- und Arbeitsuchende	31
§ 16	Arbeitslose	32
§ 17	Drohende Arbeitslosigkeit	33
§ 18	Langzeitarbeitslose	35
§ 19	Behinderte Menschen	40
§ 20	Berufsrückkehrende	42
§ 21	Träger	43

Dritter Abschnitt. Verhältnis der Leistungen aktiver Arbeitsförderung zu anderen Leistungen

§ 22	Verhältnis zu anderen Leistungen	45
§ 23	Vorleistungspflicht der Arbeitsförderung	52

Zweites Kapitel. Versicherungspflicht

Erster Abschnitt. Beschäftigte, Sonstige Versicherungspflichtige

§ 24	Versicherungspflichtverhältnis	55
§ 25	Beschäftigte	59

Inhaltsverzeichnis

§ 26	Sonstige Versicherungspflichtige	83
§ 27	Versicherungsfreie Beschäftigte	95
§ 28	Sonstige versicherungsfreie Personen	109

Zweiter Abschnitt. Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag

§ 28a	Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	112
-------	---	-----

Drittes Kapitel. Aktive Arbeitsförderung

Erster Abschnitt. Beratung und Vermittlung

Erster Unterabschnitt. Beratung

§ 29	Beratungsangebot	121
§ 30	Berufsberatung	124
§ 31	Grundsätze der Berufsberatung	126
§ 32	Eignungsfeststellung	128
§ 33	Berufsorientierung	129
§ 34	Arbeitsmarktberatung	129

Zweiter Unterabschnitt. Vermittlung

§ 35	Vermittlungsangebot	130
§ 36	Grundsätze der Vermittlung	139
§ 37	Potenzialanalyse und Eingliederungsvereinbarung	144
§ 38	Rechte und Pflichten der Ausbildung- und Arbeitsuchenden	148
§ 39	Rechte und Pflichten der Arbeitgeber	157

Dritter Unterabschnitt. Gemeinsame Vorschriften

§ 40	Allgemeine Unterrichtung	159
§ 41	Einschränkung des Fragerechts	161
§ 42	Grundsatz der Unentgeltlichkeit	162
§ 43	Anordnungsermächtigung	164

Zweiter Abschnitt. Aktivierung und berufliche Eingliederung

§ 44	Förderung aus dem Vermittlungsbudget	167
§ 45	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	173
§ 46	Probebeschäftigung und Arbeitshilfe für behinderte Menschen	187
§ 47	Verordnungsermächtigung	190

Dritter Abschnitt. Berufswahl und Berufsausbildung

Erster Unterabschnitt. Übergang von der Schule in die Berufsausbildung

§ 48	Berufsorientierungsmaßnahmen	191
§ 49	Berufseinstiegsbegleitung	193
§ 50	Anordnungsermächtigung	197

Zweiter Unterabschnitt. Berufsvorbereitung

§ 51	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	197
§ 52	Förderungsbedürftige junge Menschen	204
§ 53	Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme	207
§ 54	Maßnahmekosten	208
§ 54a	Einstiegsqualifizierung	210
§ 55	Anordnungsermächtigung	217

Dritter Unterabschnitt. Berufsausbildungsbeihilfe

§ 56	Berufsausbildungsbeihilfe	218
------	-------------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

§ 57	Förderungsfähige Berufsausbildung	220
§ 58	Förderung im Ausland	224
§ 59	Förderungsfähiger Personenkreis	226
§ 60	Sonstige persönliche Voraussetzungen	233
§ 61	Bedarf für den Lebensunterhalt bei Berufsausbildung	236
§ 62	Bedarf für den Lebensunterhalt bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen	238
§ 63	Fahrtkosten	240
§ 64	Sonstige Aufwendungen	243
§ 65	Besonderheiten beim Besuch des Berufsschulunterrichts in Blockform	245
§ 66	Anpassung der Bedarfssätze	247
§ 67	Einkommensanrechnung	247
§ 68	Vorausleistung von Berufsausbildungsbeihilfe	253
§ 69	Dauer der Förderung	258
§ 70	Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose	260
§ 71	Auszahlung	261
§ 72	Anordnungsermächtigung	262

Vierter Unterabschnitt. Berufsausbildung

§ 73	Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung behinderter und schwerbehinderter Menschen	262
§ 74	Unterstützung und Förderung der Berufsausbildung	266
§ 75	Ausbildungsbegleitende Hilfen	269
§ 76	Außerbetriebliche Berufsausbildung	272
§ 77	Sonstige Förderungsvoraussetzungen	275
§ 78	Förderungsbedürftige junge Menschen	275
§ 79	Leistungen	278
§ 80	Anordnungsermächtigung	281

Fünfter Unterabschnitt. Jugendwohnheime

§ 80a	Förderung von Jugendwohnheimen	282
§ 80b	Anordnungsermächtigung	284

Vierter Abschnitt. Berufliche Weiterbildung

§ 81	Grundsatz	285
§ 82	Förderung besonderer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	296
§ 83	Weiterbildungskosten	299
§ 84	Lehrgangskosten	301
§ 85	Fahrtkosten	303
§ 86	Kosten für auswärtige Unterbringung und für Verpflegung	305
§ 87	Kinderbetreuungskosten	306

Fünfter Abschnitt. Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Erster Unterabschnitt. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

§ 88	Eingliederungszuschuss	309
§ 89	Höhe und Dauer der Förderung	315
§ 90	Eingliederungszuschuss für behinderte und schwerbehinderte Menschen	317
§ 91	Zu berücksichtigendes Arbeitsentgelt und Auszahlung des Zuschusses	320
§ 92	Förderungsausschluss und Rückzahlung	322

Zweiter Unterabschnitt. Selbständige Tätigkeit

§ 93	Gründungszuschuss	327
§ 94	Dauer und Höhe der Förderung	334

Inhaltsverzeichnis

Sechster Abschnitt. Verbleib in Beschäftigung

Erster Unterabschnitt. Kurzarbeitergeld

Erster Titel. Regelvoraussetzungen

§ 95	Anspruch	336
§ 96	Erheblicher Arbeitsausfall	343
§ 97	Betriebliche Voraussetzungen	355
§ 98	Persönliche Voraussetzungen	357
§ 99	Anzeige des Arbeitsausfalls	364
§ 100	Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfen	369

Zweiter Titel. Sonderformen des Kurzarbeitergeldes

§ 101	Saison-Kurzarbeitergeld	371
§ 102	Ergänzende Leistungen	386
§ 103	Kurzarbeitergeld für Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter	395

Dritter Titel. Leistungsumfang

§ 104	Dauer	397
§ 105	Höhe	400
§ 106	Nettoentgeltdifferenz	401

Vierter Titel. Anwendung anderer Vorschriften

§ 107	Anwendung anderer Vorschriften	408
-------	--	-----

Fünfter Titel. Verfügung über das Kurzarbeitergeld

§ 108	Verfügung über das Kurzarbeitergeld	409
-------	---	-----

Sechster Titel. Verordnungsermächtigung

§ 109	Verordnungsermächtigung	412
-------	-----------------------------------	-----

Zweiter Unterabschnitt. Transferleistungen

§ 110	Transfermaßnahmen	424
§ 111	Transferkurzarbeitergeld	430
§ 111 a	Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld	442

Siebter Abschnitt. Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Erster Unterabschnitt. Grundsätze

§ 112	Teilhabe am Arbeitsleben	446
§ 113	Leistungen zur Teilhabe	456
§ 114	Leistungsrahmen	458

Zweiter Unterabschnitt. Allgemeine Leistungen

§ 115	Leistungen	458
§ 116	Besonderheiten	460

Dritter Unterabschnitt. Besondere Leistungen

Erster Titel. Allgemeines

§ 117	Grundsatz	465
§ 118	Leistungen	471

Zweiter Titel. Übergangsgeld und Ausbildungsgeld

§ 119	Übergangsgeld	472
§ 120	Vorbeschäftigungszeit für das Übergangsgeld	504
§ 121	Übergangsgeld ohne Vorbeschäftigungszeit	506
§ 122	Ausbildungsgeld	507

Inhaltsverzeichnis

§ 123	Bedarf bei Berufsausbildung	510
§ 124	Bedarf bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, bei Unterstützter Beschäftigung und bei Grundausbildung	511
§ 125	Bedarf bei Maßnahmen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches	512
§ 126	Einkommensanrechnung	513

Dritter Titel. Teilnahmekosten für Maßnahmen

§ 127	Teilnahmekosten für Maßnahmen	514
§ 128	Sonderfälle der Unterbringung und Verpflegung	541

Vierter Titel. Anordnungsermächtigung

§ 129	Anordnungsermächtigung	542
-------	------------------------	-----

Achter Abschnitt. Befristete Leistungen und innovative Ansätze

§ 130	Assistierte Ausbildung	543
§ 131	Sonderregelung zur Eingliederung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung	551
§ 131 a	Sonderregelungen zur beruflichen Weiterbildung	551
§ 131 b	Weiterbildungsförderung in der Altenpflege	554
§ 132	Sonderregelung für die Ausbildungsförderung von Ausländerinnen und Ausländern	554
§ 133	Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen im Gerüstbauerhandwerk	556
§ 134	(aufgehoben)	557
§ 135	Erprobung innovativer Ansätze	557

Viertes Kapitel. Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld

Erster Abschnitt. Arbeitslosengeld

Erster Unterabschnitt. Regelvoraussetzungen

§ 136	Anspruch auf Arbeitslosengeld	559
§ 137	Anspruchsvoraussetzungen bei Arbeitslosigkeit	560
§ 138	Arbeitslosigkeit	564
§ 139	Sonderfälle der Verfügbarkeit	586
§ 140	Zumutbare Beschäftigungen	594
§ 141	Persönliche Arbeitslosmeldung	599
§ 142	Anwartschaftszeit	604
§ 143	Rahmenfrist	608
§ 144	Anspruchsvoraussetzungen bei beruflicher Weiterbildung	609

Zweiter Unterabschnitt. Sonderformen des Arbeitslosengeldes

§ 145	Minderung der Leistungsfähigkeit	611
§ 146	Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	618

Dritter Unterabschnitt. Anspruchsdauer

§ 147	Grundsatz	623
§ 148	Minderung der Anspruchsdauer	626

Vierter Unterabschnitt. Höhe des Arbeitslosengeldes

Vorbemerkung §§ 149–154	632
§ 149 Grundsatz	633
§ 150 Bemessungszeitraum und Bemessungsrahmen	635
§ 151 Bemessungsentgelt	643
§ 152 Fiktive Bemessung	656
§ 153 Leistungsentgelt	659

Inhaltsverzeichnis

§ 154	Berechnung und Leistung	667
Fünfter Unterabschnitt. Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammentreffen des Anspruchs mit sonstigem Einkommen und Ruhen des Anspruchs		
§ 155	Anrechnung von Nebeneinkommen	667
§ 156	Ruhen des Anspruchs bei anderen Sozialleistungen	673
§ 157	Ruhen des Anspruchs bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung	690
§ 158	Ruhen des Anspruchs bei Entlassungsentschädigung	704
§ 159	Ruhen bei Sperrzeit	718
§ 160	Ruhen bei Arbeitskämpfen	784
Sechster Unterabschnitt. Erlöschen des Anspruchs		
§ 161	Erlöschen des Anspruchs	800
Siebter Unterabschnitt. Teilarbeitslosengeld		
§ 162	Teilarbeitslosengeld	808
Achter Unterabschnitt. Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung		
§ 163	Verordnungsermächtigung	812
§ 164	Anordnungsermächtigung	813
Zweiter Abschnitt. Insolvenzgeld		
§ 165	Anspruch	815
§ 166	Anspruchsausschluss	833
§ 167	Höhe	836
§ 168	Vorschuss	838
§ 169	Anspruchsübergang	841
§ 170	Verfügungen über das Arbeitsentgelt	843
§ 171	Verfügungen über das Insolvenzgeld	848
§ 172	Datenaustausch und Datenübermittlung	849
Dritter Abschnitt. Ergänzende Regelungen zur Sozialversicherung		
§ 173	Übernahme und Erstattung von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung	851
§ 174	Übernahme von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung	854
§ 175	Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzeroignis	856
Fünftes Kapitel. Zulassung von Trägern und Maßnahmen		
§ 176	Grundsatz	861
§ 177	Fachkundige Stelle	863
§ 178	Trägerzulassung	866
§ 179	Maßnahmezulassung	869
§ 180	Ergänzende Anforderungen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung	872
§ 181	Zulassungsverfahren	876
§ 182	Beirat	880
§ 183	Qualitätsprüfung	881
§ 184	Verordnungsermächtigung	884
Sechstes Kapitel. Ergänzende vergabespezifische Regelungen		
§ 185	Vergabespezifisches Mindestentgelt für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen	891
§§ 186–239	(nicht mehr belegt)	891
§§ 240–279 a	(aufgehoben)	891

Siebttes Kapitel. Weitere Aufgaben der Bundesagentur

Erster Abschnitt. Statistiken, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berichterstattung

§ 280 Aufgaben	893
§ 281 Arbeitsmarktstatistiken	893
§ 282 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	895
§ 282a Übermittlung von Daten	899
§ 282b Verarbeitung und Nutzung von Daten für die Ausbildungsvermittlung durch die Bundesagentur	901
§ 283 Arbeitsmarktberichterstattung, Weisungsrecht	902

Zweiter Abschnitt. Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen

Erster Unterabschnitt. Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern

§ 284 Arbeitsgenehmigung-EU für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten . . .	904
§§ 285, 286 (aufgehoben)	913
§ 287 Gebühren für die Durchführung der Vereinbarungen über Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer	913
§ 288 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht	915

Zweiter Unterabschnitt. Beratung und Vermittlung durch Dritte

Erster Titel. Berufsberatung

§ 288 a Untersagung der Berufsberatung	932
§ 289 Offenbarungspflicht	935
§ 290 Vergütungen	935

Zweiter Titel. Ausbildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung

§ 291 (aufgehoben)	936
§ 292 Auslandsvermittlung, Anwerbung aus dem Ausland	936
§§ 293–295 (aufgehoben)	937
§ 296 Vermittlungsvertrag zwischen Vermittlern und Arbeitsuchenden	937
§ 296 a Vergütungen bei Ausbildungsvermittlung	943
§ 297 Unwirksamkeit von Vereinbarungen	944
§ 298 Behandlung von Daten	945
§§ 299, 300 (aufgehoben)	947

Dritter Titel. Verordnungsermächtigung

§ 301 Verordnungsermächtigung	948
§§ 302, 303 (aufgehoben)	949

Dritter Abschnitt. (weggefallen)

§§ 304–308 (aufgehoben)	949
-----------------------------------	-----

Achstes Kapitel. Pflichten

Erster Abschnitt. Pflichten im Leistungsverfahren

Erster Unterabschnitt. Meldepflichten

§ 309 Allgemeine Meldepflicht	951
§ 310 Meldepflicht bei Wechsel der Zuständigkeit	957

Zweiter Unterabschnitt. Anzeige- und Bescheinigungspflichten

§ 311 Anzeige- und Bescheinigungspflicht bei Arbeitsunfähigkeit	957
§ 312 Arbeitsbescheinigung	959
§ 312 a Arbeitsbescheinigung für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts	964

Inhaltsverzeichnis

§ 313	Nebeneinkommensbescheinigung	965
§ 313a	Elektronische Bescheinigung	968
§ 314	Insolvenzgeldbescheinigung	970

Dritter Unterabschnitt. Auskunfts-, Mitwirkungs- und Duldungspflichten

§ 315	Allgemeine Auskunftsspflicht Dritter	972
§ 316	Auskunftsspflicht bei Leistung von Insolvenzgeld	978
§ 317	Auskunftsspflicht bei Kurzarbeitergeld und Wintergeld	980
§ 318	Auskunftsspflicht bei Maßnahmen der beruflichen Aus- oder Weiterbildung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	981
§ 319	Mitwirkungs- und Duldungspflichten	982

Vierter Unterabschnitt. Sonstige Pflichten

§ 320	Berechnungs-, Auszahlungs-, Aufzeichnungs- und Anzeigepflichten	985
-------	---	-----

Zweiter Abschnitt. Schadensersatz bei Pflichtverletzungen

§ 321	Schadensersatz	991
-------	----------------	-----

Dritter Abschnitt. Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung

§ 321a	Verordnungsermächtigung	996
§ 322	Anordnungsermächtigung	996

Neuntes Kapitel. Gemeinsame Vorschriften für Leistungen

Erster Abschnitt. Antrag und Fristen

§ 323	Antragserfordernis	997
§ 324	Antrag vor Leistung	1007
§ 325	Wirkung des Antrages	1014
§ 326	Ausschlußfrist für Gesamtabrechnung	1017

Zweiter Abschnitt. Zuständigkeit

§ 327	Grundsatz	1019
-------	-----------	------

Dritter Abschnitt. Leistungsverfahren in Sonderfällen

§ 328	Vorläufige Entscheidung	1026
§ 329	Einkommensberechnung in besonderen Fällen	1039
§ 330	Sonderregelungen für die Aufhebung von Verwaltungsakten	1040
§ 331	Vorläufige Zahlungseinstellung	1055
§ 332	Übergang von Ansprüchen	1058
§ 333	Aufrechnung	1062
§ 334	Pfändung von Leistungen	1065
§ 335	Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung	1065
§ 336	Leistungsrechtliche Bindung	1075
§ 336a	Wirkung von Widerspruch und Klage	1077

Vierter Abschnitt. Auszahlung von Geldleistungen

§ 337	Auszahlung im Regelfall	1079
-------	-------------------------	------

Fünfter Abschnitt. Berechnungsgrundsätze

§ 338	Allgemeine Berechnungsgrundsätze	1082
§ 339	Berechnung von Zeiten	1082

Zehntes Kapitel. Finanzierung

Erster Abschnitt. Finanzierungsgrundsatz

§ 340	Aufbringung der Mittel	1085
-------	----------------------------------	------

Zweiter Abschnitt. Beiträge und Verfahren

Erster Unterabschnitt. Beiträge

§ 341	Beitragsatz und Beitragsbemessung	1086
§ 342	Beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter	1088
§ 343	(aufgehoben)	1090
§ 344	Sonderregelungen für beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter	1090
§ 345	Beitragspflichtige Einnahmen sonstiger Versicherungspflichtiger	1093
§ 345 a	Pauschalierung der Beiträge	1097
§ 345 b	Beitragspflichtige Einnahmen bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	1098

Zweiter Unterabschnitt. Verfahren

§ 346	Beitragstragung bei Beschäftigten	1099
§ 347	Beitragstragung bei sonstigen Versicherten	1102
§ 348	Beitragszahlung für Beschäftigte	1107
§ 349	Beitragszahlung für sonstige Versicherungspflichtige	1112
§ 349 a	Beitragstragung und Beitragszahlung bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	1116
§ 350	Meldungen der Sozialversicherungsträger	1116
§ 351	Beitragserrstattung	1117

Dritter Unterabschnitt. Verordnungsermächtigung, Anordnungsermächtigung und Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

§ 352	Verordnungsermächtigung	1121
§ 352 a	Anordnungsermächtigung	1122
§ 353	Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften	1124

Dritter Abschnitt. Umlagen

Erster Unterabschnitt. Winterbeschäftigungs-Umlage

§ 354	Grundsatz	1125
§ 355	Höhe der Umlage	1128
§ 356	Umlageabführung	1130
§ 357	Verordnungsermächtigung	1131

Zweiter Unterabschnitt. Umlage für das Insolvenzgeld

§ 358	Aufbringung der Mittel	1133
§ 359	Einzug und Weiterleitung der Umlage	1136
§ 360	Umlagesatz	1137
§ 361	Verordnungsermächtigung	1137
§ 362	(aufgehoben)	1138

Vierter Abschnitt. Beteiligung des Bundes

§ 363	Finanzierung aus Bundesmitteln	1139
§ 364	Liquiditätshilfen	1139
§ 365	Stundung von Darlehen	1140

Fünfter Abschnitt. Rücklage und Versorgungsfonds

§ 366	Bildung und Anlage der Rücklage	1141
§ 366 a	Versorgungsfonds	1141

Inhaltsverzeichnis

Elftes Kapitel. Organisation und Datenschutz

Erster Abschnitt. Bundesagentur für Arbeit

§ 367 Bundesagentur für Arbeit	1147
§ 368 Aufgaben der Bundesagentur	1148
§ 368a (aufgehoben)	1149
§ 369 Besonderheiten zum Gerichtsstand	1149
§ 370 Beteiligung an Gesellschaften	1151

Zweiter Abschnitt. Selbstverwaltung

Erster Unterabschnitt. Verfassung

§ 371 Selbstverwaltungsorgane	1152
§ 372 Satzung und Anordnungen	1153
§ 373 Verwaltungsrat	1154
§ 374 Verwaltungsausschüsse	1156
§ 374a (aufgehoben)	1157
§ 375 Amtsdauer	1157
§ 376 Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen	1157

Zweiter Unterabschnitt. Berufung und Abberufung

§ 377 Berufung und Abberufung der Mitglieder	1158
§ 378 Berufungsfähigkeit	1159
§ 379 Vorschlagsberechtigte Stellen	1159

Dritter Unterabschnitt. Neutralitätsausschuss

§ 380 Neutralitätsausschuss	1161
---------------------------------------	------

Dritter Abschnitt. Vorstand und Verwaltung

§ 381 Vorstand der Bundesagentur	1162
§ 382 Rechtsstellung der Vorstandsmitglieder	1163
§ 383 Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit	1165
§ 384 Geschäftsführung der Regionaldirektionen	1165
§ 385 Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	1165
§ 386 Innenrevision	1166
§ 387 Personal der Bundesagentur	1167
§ 388 Ernennung der Beamtinnen und Beamten	1169
§ 389 Anstellungsverhältnisse oberster Führungskräfte	1169
§ 390 Außertarifliche Arbeitsbedingungen und Vergütungen	1170
§ 391 (aufgehoben)	1172
§ 392 Obergrenzen für Beförderungssämter	1172

Vierter Abschnitt. Aufsicht

§ 393 Aufsicht	1173
--------------------------	------

Fünfter Abschnitt. Datenschutz

§ 394 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten durch die Bundesagentur	1174
§ 395 Datenübermittlung an Dritte; Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten durch nichtöffentliche Stellen	1175
§ 396 Kennzeichnungs- und Maßregelungsverbot	1175
§ 397 Automatisierter Datenabgleich	1176
§ 398 Datenübermittlung durch beauftragte Dritte	1177
§§ 399–403 (weggefallen)	1178

Inhaltsverzeichnis

Zwölftes Kapitel. Bußgeldvorschriften

Erster Abschnitt. Bußgeldvorschriften

§ 404	Bußgeldvorschriften	1179
§ 405	Zuständigkeit, Vollstreckung und Unterrichtung	1185

Zweiter Abschnitt. (aufgehoben)

§§ 406, 407	(aufgehoben)	1188
-------------	------------------------	------

Dreizehntes Kapitel. Sonderregelungen

Erster Abschnitt. Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands

§ 408	Besondere Bezugsgröße und Beitragsbemessungsgrenze	1189
§§ 409–416a	(aufgehoben)	1189

Zweiter Abschnitt. Ergänzungen für übergangsweise mögliche Leistungen und zeitweilige Aufgaben

§ 417	(aufgehoben)	1190
§ 418	Tragung der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1190
§ 419	Sonderregelungen zu Kurzarbeitergeld, Qualifizierung und Arbeitslosengeld	1192
§ 420	Versicherungsfreiheit von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programms Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	1197
§ 420a	(aufgehoben)	1197
§ 421	Förderung der Teilnahme an Sprachkursen	1197
§ 421a	Arbeiten in Maßnahmen des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen	1199
§§ 421b–421u	(aufgehoben bzw nicht mehr belegt)	1199

Dritter Abschnitt. Grundsätze bei Rechtsänderungen

§ 422	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	1200
§§ 423, 424	(aufgehoben)	1202

Vierter Abschnitt. Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Einordnung des Arbeitsförderungsrechts in das Sozialgesetzbuch

§ 425	Übergang von der Beitrags- zur Versicherungspflicht	1203
§§ 426, 427	(aufgehoben)	1203
§ 427a	Gleichstellung von Mutterschaftszeiten	1204
§ 428	Arbeitslosengeld unter erleichterten Voraussetzungen	1205
§ 429	(aufgehoben)	1206
§ 430	Sonstige Entgeltersatzleistungen	1209
§§ 431–433	(aufgehoben)	1210

Fünfter Abschnitt. Übergangsregelungen auf Grund von Änderungsgesetzen

§ 434	Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	1211
§§ 434a–434x	(aufgehoben bzw nicht mehr belegt)	1212
§ 435	Gesetz zur Vereinfachung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat	1212
§ 436	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1213
§ 437	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1213
§ 438	(aufgehoben)	1214
§ 439	Siebtes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze	1215
§ 440	Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente	1216
§ 441	Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung	1217

Inhaltsverzeichnis

§ 442	Beschäftigungschancengesetz	1217
§ 443	Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt	1218
§ 444	Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung	1222
§ 444a	Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung	1222
§ 445	Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	1223
§ 446	Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften	1223

Anhang A

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – Auszug –

Kapitel 6.	Leistungen bei Arbeitslosigkeit	1225
Art. 61	Besondere Vorschriften für die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbstständigen Erwerbstätigkeit	1225
Art. 62	Berechnung der Leistungen	1225
Art. 63	Besondere Bestimmungen für die Aufhebung der Wohnortklauseln	1226
Art. 64	Arbeitslose, die sich in einen anderen Mitgliedstaat begeben	1226
Art. 65	Arbeitslose, die in einem anderen als dem zuständigen Mitgliedstaat gewohnt haben	1227
Art. 65a	Besondere Bestimmungen für vollarbeitslose selbständig erwerbstätige Grenzgänger, sofern in dem Wohnmitgliedstaat für selbständig Erwerbstätige kein System der Leistungen bei Arbeitslosigkeit besteht	1228

Anhang B

Sozialversicherungswerte 2018	1229
Sachregister	1233